

Die DVP im März 2022/Inhaltsverzeichnis

Redaktion

Jürgen Vable

Editorial – Sprachbeherrschung – nur etwas für Germanisten? 93

Abhandlungen

Johanna Groß/Jan Arning

Gewaltbereite BürgerInnen: „Gewalterfahrungen von MitarbeiterInnen in kommunalen Verwaltungen“ 95

Die Studie „Gewalterfahrungen von MitarbeiterInnen in kommunalen Verwaltungen“ bietet einen ersten Überblick zu den Gewalterfahrungen aus Sicht von HauptverwaltungsbeamtInnen in Niedersachsen. Sie war Grundlage für eine Vielzahl von Aktivitäten und Initiativen des NST. Sie hat dazu beigetragen, das Thema in der Öffentlichkeit, beim Bund und beim Land Niedersachsen, aber auch in den Kommunen selbst, stärker in den Fokus zu rücken.

Der Beitrag gibt einen Überblick über die Ergebnisse der Studie, insbesondere die Gründe für Gewalt und die Formen erlebter Gewalt.

Oliver Wischniewski

Hat die Bodycam eine Zukunft in der Ordnungsbehörde? 104

Im Rahmen von Einsätzen des kommunalen Ordnungsdienstes kommt es vermehrt zu Übergriffen, wie dies z.B. auch im Rettungsdienst oder bei der Feuerwehr berichtet wird. Die persönliche Schutzausrüstung der Bediensteten variiert zwar landesweit. In Zukunft könnte aber die Bodycam als Ausrüstungsgegenstand hinzukommen. Dieser Artikel soll daher einen Überblick über die praktische Umsetzbarkeit sowie den rechtlichen Rahmen geben.

Eckart Wehser

Zur Höchstgeltungsdauer von Verordnungen über die öffentliche Sicherheit. 106

Die landesrechtlichen Verordnungen über öffentliche Sicherheit (auch Gefahrenabwehr-, Polizei- oder ordnungsbehördliche Verordnungen) enthalten – mit Ausnahme des LVwG SH – Begrenzungen ihrer Höchstgeltungsdauer auf meist 20 Jahre. Diese zeitlichen Beschränkungen sind dem Umstand geschuldet, dass Verordnungen dem gesellschaftlichen, technischen und sonstigen Wandel besonders ausgesetzt sind. Sie sollen verhindern, dass Verordnungen ohne Überprüfung auch dann weiter gelten, wenn sie aufgrund veränderter Umstände inzwischen unzweckmäßig geworden sind.

Der Beitrag untersucht am Beispiel einer Landeshundeverordnung, ob diese Frist ein absolutes Verlängerungsverbot oder ein Verbot mit Befreiungsvorbehalt bewirkt.

Torsten F. Barthel/Günter Haurand/Jan Seybold/Torsten Wehrmann/

Holger Weidemann

Corona-Glossar V 111

Im Anschluss an die in den vergangenen (Pandemie-)Jahren bereits veröffentlichten Beiträge (DVP 2020, S. 194, 238, 466, DVP 2021, S. 443) werden hier

Begriffe erläutert, die neu aufgetaucht sind oder aber eine stärkere Bedeutung entfaltet haben. Die bisherigen Begriffserläuterungen und diese Darstellungen sollen helfen, in einem komplexen, schwierigen und sich ständig wandelnden Bereich den Überblick behalten zu können. Angesprochen werden allgemeine Impfpflicht, Amtshilfe der Bundeswehr, berufsbezogene Impfpflicht, Corona-Krisenstab der Bundesregierung, einrichtungsbezogene Impfpflicht, Grundsatzentscheidung BVerfG, Impfverweigerer, kritische Infrastruktur, Omikron, Pandemiewellen, Untererfassung und vulnerable Gruppen.

Johannes Tellenbröker

Typologie der verwaltungsrechtlichen Prüfung. 116

Das öffentliche Recht im Allgemeinen und das Verwaltungsrecht im Besonderen haben sich durch eine besondere Strenge im Prüfungsaufbau hervorgetan. Nur scheinbar liegt der verwaltungsrechtlichen Prüfung jedoch ein universeller Prüfungsaufbau zugrunde. Um das Spannungsverhältnis zwischen dem Bedürfnis nach einer rahmengebenden Struktur auf der einen und fallbezogener Flexibilität auf der anderen Seite zu bewältigen, hält auch das Verwaltungsrecht neben der klassischen Rechtmäßigkeitsprüfung weitere Prüfungstypen bereit, die hier dargestellt und erläutert werden.

Kurzinformationen und Splitter

Kurzinformation – Gesetz zur Herstellung materieller Gerechtigkeit 110

Fallbearbeitungen

Gerhard Lange

Die mangelhafte Rinderhaltung. 125

Bei dieser Fallbearbeitung aus dem Verwaltungsprozessrecht und dem Verwaltungsvollstreckungsrecht NRW geht es um die Erfolgsaussichten einer Klage gegen die Androhung eines Zwangsgeldes.

Artur Gliwa/Helmut Globisch

Der Widerruf einer Bewachungsgewerbeerlaubnis 128

Diese Klausur befasst sich mit den Voraussetzungen des Widerrufs einer Bewachungsgewerbeerlaubnis sowie der Formulierung eines vollständigen Bescheids.

Rechtsprechung

Bundesnotbremse I – Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen

(BVerfG, Beschluss vom 19.11.2021 – 1 BvR 781/21 u. a.) 134

Bundesnotbremse II – Schulschließungen

(BVerfG, Beschluss vom 19.11.2021 – 1 BvR 971/21, 1 BvR 1069/21) 139

Die Schriftleitung

Diese Ausgabe der Zeitschrift enthält eine Beilage der Fa. Haufe-Lexware GmbH & Co. KG. Wir bitten um freundliche Beachtung!